

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Die Europäische Union unter tschechischer Ratspräsidentschaft**

Am 6. Januar 2009 hat Tschechien die Schwerpunkte seiner Ratspräsidentschaft, die es zum Jahreswechsel turnusgemäß von Frankreich übernommen hat, vorgestellt. Damit hat nach Slowenien der zweite der im Jahr 2004 beigetretenen Staaten Mittel- und Osteuropas für sechs Monate die Führung der Europäischen Union (EU) inne. Das Leitthema der tschechischen Ratspräsidentschaft „Europa ohne Barrieren“ ist weit gefasst; eine Vielzahl unterschiedlicher Themen wollen und müssen bearbeitet werden.

Dabei ist die Ausgangsposition Tschechiens zu Beginn der Ratspräsidentschaft nicht einfach: Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU während der französischen Ratspräsidentschaft hinterlassen keine leichten Aufgaben. Einige von Frankreich aus aktuellem Anlass angestoßene Themen – wie die Bewältigung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise oder die Beziehungen zu den Staaten im Südkaukasus – müssen weiter vorangetrieben werden. Auch von Tschechien selbst gesetzte Schwerpunkte wie die Energie- und die Außenpolitik haben bereits brisante Aktualität erfahren. Sowohl der Gaza-Konflikt als auch der Gastreit zwischen Russland und der Ukraine fordern die EU. Zudem ist die politische Situation in Tschechien mit vielen Schwierigkeiten behaftet.

Rahmenbedingungen in Tschechien

Tschechien hat – neben anderen Staaten der EU – den Vertrag von Lissabon noch nicht ratifiziert. Senatoren der Regierungspartei ODS hatten einige Teile des Vertrags von Lissabon dem tschechischen Verfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Sie fürchteten, dass die staatliche Souveränität Tschechiens durch den Vertrag angegriffen werde. Die Kritik bezog sich dabei insbesondere auf die Kompetenzverteilung zwischen EU und den Mitgliedstaaten und die weite Fassung der Flexibilitätsklausel gem. Art. 352 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (zurzeit Art. 308 EG-Vertrag), über die – so die Sorge – weitere Kompetenzerweiterungen begründet werden könnten. Weitere Punkte betrafen die Verleihung von Rechtspersönlichkeit

an die EU, die Ausgestaltung der Brückenkláuseln und die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta. Am 26. November 2008 urteilte das tschechische Verfassungsgericht, dass die angegriffenen Teile des Vertrags von Lissabon die tschechische Souveränität nicht verletzen und damit nicht im Widerspruch zur tschechischen Verfassung stünden. Mit der Gerichtsentscheidung wurde grundsätzlich der Weg für die parlamentarische Zustimmung zu dem Vertrag freigelegt. Abgeordnetenhauses und Senat haben inzwischen die Beratungen über den Vertrag von Lissabon aufgenommen, eine Entscheidung wird jedoch erst im Februar 2009 getroffen werden.

Doch hat der Vertrag von Lissabon auch weiterhin prominente Gegner. Ausgesprochen europaskeptisch meldete sich der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus zu Wort. Trotz der Gerichtsentscheidung hat er angekündigt, als Staatsoberhaupt die Ratifikationsurkunde erst dann zu unterzeichnen, wenn auch die Iren den Vertrag von Lissabon ratifiziert hätten. Seine Weigerung, während der Ratspräsidentschaft die Europa-Fahne auf seinem Amtssitz zu hissen, ist symbolträchtiger Ausdruck seiner kritischen Haltung.

Dem Staatspräsidenten, der vor allem – ähnlich dem deutschen Bundespräsidenten – mit repräsentativen Aufgaben betraut ist, steht Ministerpräsident Mirek Topolánek als deutlicher EU-Befürworter gegenüber. Profilierte Europäer an seiner Seite sind Europaminister Alexandr Vondra, dem die Vorbereitung der Ratspräsidentschaft maßgeblich oblag, und Außenminister Karel Schwarzenberg.

Nr. 01/09 (9. Januar 2009)

Die innenpolitischen Schwierigkeiten in Tschechien beziehen sich nicht allein auf europäische Themen. Die Regierung unter Ministerpräsident Topolánek, die seit ihrem Amtsantritt im Januar 2007 bereits vier Misstrauensvoten überstanden hat, ging aus den Regional- und Senatswahlen im Herbst 2008 deutlich geschwächt hervor. Im Abgeordnetenhaus hat die Regierungskoalition keine eigene Mehrheit. Die größte Oppositionspartei ČSSD hat für die Zeit der Ratspräsidentschaft eine Art „Burgfrieden“ angekündigt; gleichwohl werden weiterhin Zweifel an der Führungsstärke Tschechiens in dieser Situation geäußert.

Inhaltliche Schwerpunkte der Präsidentschaft

Das vorgestellte Programm der tschechischen Ratspräsidentschaft stellt schwerpunktmäßig drei „E“-Themen in den Vordergrund: Economy, Energy und European Union in the World, also Wirtschaft, Energie und die Rolle der EU in der Welt. Über diese Schwerpunkte hinausgehend werden für viele einzelne Politikbereiche, wie z. B. die – teilweise eng mit der Energiepolitik verknüpfte – Verkehrs- und Umweltpolitik, detaillierte Arbeitsprogramme aufgestellt. Das übergreifende Thema der Ratspräsidentschaft „Europa ohne Barrieren“ soll symbolisch für ein Europa ohne Grenzen für den Einzelnen und für Wirtschaftsunternehmen stehen. Gleichzeitig soll sich die EU weltoffen, aber nicht verteidigungslos zeigen.

Dabei steht im Bereich der **Wirtschaftspolitik** die Bewältigung der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wirtschaft in der EU im Vordergrund. Aufbauend auf den Aktivitäten der Vorgängerratspräsidentschaft Frankreichs will Tschechien die Stabilität des europäischen Finanzmarktes stärken; hierzu soll unter anderem die Harmonisierung gesetzlicher Vorgaben, auch solcher zur Finanzmarktaufsicht, dienen. Konjunkturmaßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft bleiben ein zentrales Thema. Die internationale Kooperation in diesen Bereichen soll fortgeführt werden. Inwiefern Tschechien, das nicht der Eurogruppe angehört, seiner Leitungsfunktion im Finanz- und Wirtschaftsbereich während seiner Ratspräsidentschaft gerecht werden kann, bleibt abzuwarten. Die Staaten der Eurogruppe haben bisher bei den Beratungen zu Fragen der Finanzkrise eine Art Vorreiterrolle eingenommen.

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit stellt als eines der Ziele der Lissabon-Strategie, deren Fortgang traditionell beim Europäischen Rat im Frühjahr beraten wird, einen weiteren Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Agenda der tschechischen Ratspräsidentschaft dar. Hierzu ist im Arbeitsprogramm ein ganzes Bündel an Tätigkeitsfeldern vorgesehen. So sollen die Bereiche Forschung und Entwicklung gefördert und kleine und mittelständische Unternehmen und der Verbraucherschutz gestärkt werden. Dem Leitthema der Ratspräsidentschaft entsprechend soll hierzu auch das Potential des Binnenmarktes ausgeschöpft werden. Als osteuropäischer Mitgliedstaat ist es für Tschechien ein Anliegen,

die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit weiter abzubauen. Einige Mitgliedstaaten, zu denen Deutschland gehört, haben den Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus vielen der seit 2004 neu beigetretenen Mitgliedstaaten noch nicht vollständig liberalisiert.

Im Mittelpunkt des zweiten großen Themenschwerpunkts der tschechischen Ratspräsidentschaft, der **Energiepolitik**, steht die Versorgungssicherheit. Insbesondere viele mittel- und osteuropäische Staaten haben ein vitales Interesse daran, die Abhängigkeit von den Gas- und Erdöllieferungen aus Russland zu minimieren. Die Diversifizierung von Energiequellen, aber auch von Erdöl- und Gaslieferanten, wird hierbei als wichtiger Ansatz verfolgt. Im neu auszuhandelnden Partnerschaftsabkommen mit Russland wird die Energiesicherheit in Europa einen Schwerpunkt darstellen. Während des Europäischen Rates im Frühjahr 2009 soll ein zweiter Aktionsplan zur Energiepolitik für Europa 2010 – 2012 vorgestellt werden, in den die Energieaußenbeziehungen der EU einbezogen werden sollen. Zur sicheren, wettbewerbsfähigen Energieversorgung beitragen soll auch ein transparenter, stabiler und effizienter Binnenmarkt für Gas und Elektrizität.

Nachdem das Energie- und Klimapaket unter französischer Ratspräsidentschaft beschlossen wurde, sollen unter tschechischer Ratspräsidentschaft nun erste Schritte zu einem internationalen Konsens über das Kyoto-Nachfolgeprotokoll, dessen Verabschiedung für Ende 2009 in Kopenhagen angestrebt ist, gegangen werden. Auf europäischer Ebene sollen die Auswirkungen des Einsatzes erneuerbarer Energien ebenso offen diskutiert werden wie Chancen und Risiken von Atomenergie. Bei der Entwicklung von Technologien zur „sauberen“ Nutzung von Kohle wie zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung soll die EU eine Vorreiterrolle übernehmen.

Aufgrund seiner historischen Verbindungen, aber auch wegen der aktuellen Herausforderungen will Tschechien in der **Außenpolitik** einen besonderen Schwerpunkt auf die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und den Staaten des Südkaukasus im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) legen. Die von Schweden und Polen vorgeschlagene Östliche Partnerschaft als Gegengewicht zur Mittelmeerunion soll weiter vorangetrieben werden. Die Kommission hat hierzu im Dezember 2008 einen ersten Vorschlag veröffentlicht.

Die transatlantischen Beziehungen werden nach der Amtseinführung von Barack Obama als Präsident der Vereinigten Staaten eine besondere Bedeutung haben. Nach dem Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft soll vor allem die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in Drittstaaten thematisiert werden. Hierbei gilt es auch, drängende Fragen wie den Nahost-Friedensprozess und die Beziehungen zu Russland gemeinsam auf die weltpolitische Agenda zu setzen, um eine Lösung zu suchen. Die Koope-

ration zwischen NATO und EU soll sowohl im militärischen als auch im nicht-militärischen Bereich verbessert werden.

In der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) will sich die Ratspräsidentschaft darauf konzentrieren, das zivile Planungsziel 2010, nach dem die zivile Komponente in der ESVP gestärkt werden soll, zu erfüllen. Gleichzeitig soll auch das militärische Planziel 2010 weiterverfolgt werden. Die Europäische Sicherheitsstrategie soll den aktuellen Bedrohungslagen entsprechend weiter aktualisiert werden.

Zu den außenpolitischen Themen der begonnenen Ratspräsidentschaft gehört auch die Erweiterung der EU. Die Beziehungen zu Kroatien und den potentiellen Beitrittskandidaten des Westbalkans sind ein besonders Anliegen der tschechischen Ratspräsidentschaft. Sie erklärt in ihrem Programm, dass alles dafür getan werde, damit der Beitritt Kroatiens so schnell wie möglich stattfinden könne. Dagegen werden die Verhandlungen mit der Türkei nur sehr knapp angesprochen.

Fortführung der Triopräsidentschaft

Unter der französischen Ratspräsidentschaft begann die Triopräsidentschaft von Frankreich, Tschechien und Schweden. Das gemeinsame 18-Monatsprogramm dieser drei aufeinanderfolgenden Ratspräsidentschaften soll eine stärkere Kontinuität der Arbeit in der EU sicherstellen. Die nunmehr hervorgehobenen Themen Energie und Außenbeziehungen sind im 18-Monatsprogramm bereits angelegt; gleiches gilt für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Weitere Aspekte schreiben sich in den Arbeitsprogrammen der einzelnen Politikbereiche fort. So wird im Bereich der Innenpolitik die unter französischer Ratspräsidentschaft zum Schwerpunktthema erhobene

europäische Migrationspolitik weiter diskutiert werden. Die tschechische Ratspräsidentschaft möchte hier einen besonderen Schwerpunkt auf die östlichen und südöstlichen Nachbarn in Europa legen.

Im Mai 2009 wird zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts von der Kommission der Vorschlag einer Fortführung des Haager Programms (das sog. Stockholmer Programm) vorgestellt werden, das sich mit der Gestaltung der Europäischen Innen- und Justizpolitik beschäftigt. Im sog. Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik wurde unter französischer Ratspräsidentschaft eine politische Einigung erzielt. Diese gilt es nunmehr umzusetzen; gleichzeitig soll über die Zukunft der Agrarpolitik auch nach 2013 diskutiert werden.

Ausblick

Für die im Arbeitsprogramm vorgestellten Legislativvorhaben der Präsidentschaft bleibt wenig Zeit: Vom 4. bis 7. Juni 2009 stehen die Wahlen zum 7. Europäischen Parlament (EP) an. Damit ist die Zeit, in der Rechtsetzungsvorhaben unter Beteiligung des EP abgeschlossen werden können, knapp. Angesichts der Ankündigungen aus Irland, ein erneutes Referendum in der zweiten Jahreshälfte 2009 abzuhalten, steht bei einem zustimmenden Volksentscheid zu erwarten, dass der Vertrag von Lissabon erst unter der nachfolgenden schwedischen Ratspräsidentschaft in Kraft treten wird. Gleichwohl müssen diesbezüglich Vorbereitungen zur Umsetzung getroffen werden. Diese beziehen sich nicht nur auf institutionelle Maßnahmen, sondern auch auf die Zusagen, die Irland in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom Dezember 2008 (z. B. zum Schutz seiner Neutralität) gemacht wurden.

Dr. Christina Last, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-Mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de

Quellen

- Arbeitsprogramm der Tschechischen Ratspräsidentschaft: Europa ohne Grenzen, in englischer Sprache abrufbar unter: <http://www.eu2009.cz/en/news-and-documents/news/the-czech-presidency-presents-its-priorities-and-work-programme-4810/> (7.1.2009).
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Östliche Partnerschaft vom 3. 12. 2008, KOM(2008) 823 endg., abrufbar unter: http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/com08_823_de.pdf (7.1.2009).
- Entwurf des Achtzehnmonatsprogramms des Rates, Ratsdok. 10093/08, abrufbar unter: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st10/st10093.de08.pdf> (7.1.2009).
- Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon vom 26. November 2008, Pl. US. 19/08, in englischer Sprache abrufbar unter: http://angl.concourt.cz/angl_verze/doc/pl-19-08.php (7.1.2009).
- Kathrin Keil/Tomislav Maršić, Die Ratifikation des Lissabonner Vertrags in Tschechien. Zwischen Vertiefungsskepsis und Staatsraison, SWP-Diskussionspapier der FG 1/16, Dezember 2008; abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5550 (7.1.2009).
- Marie-Lena May, Skeptiker an Europas Spitze? Ein Ausblick auf die tschechische Ratspräsidentschaft 2009, DGAP-Analyse, Dezember 2008; abrufbar unter: <http://www.dgap.org/publikationen/view/1ddcde01521ba36cde011ddb610194218c4e2fce2fc.html> (9.1.2009).
- Karl-Peter Schwarz, Barrierefreies Europa. Das Arbeitsprogramm der Tschechen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.1.2009, S. 3.